

Stellungnahme des Landesbezirksfachbereichsvorstandes Sozialversicherung in NRW zum Positionspapier des Bundesvorstandes zur Zukunft der Fachbereiche vom 23.8.2017

Der Landesbezirksfachbereichsvorstand hat sich in seiner Sitzung am 31.07.2017 intensiv mit dem Positionspapier des Bundesvorstandes zur Zukunft der Fachbereiche beschäftigt. Neben kritischen wurden aber auch positive Aspekte gesehen.

Die Sozialversicherung hat Auswirkungen auf über 90 % der Bevölkerung also auch auf unsere ver.di-Mitglieder muss deshalb als tragende Säule des Sozialstaates in ver.di sichtbar bleiben.

Das Primat der Fachbereiche im zukünftigen Bundesvorstand muss erhalten bleiben. In dem Positionspapier ist hierzu keine Aussage getroffen worden, wie man dies realisieren will.

Bei der Diskussion darf die aktuelle Situation des Fachbereiches Sozialversicherung nicht ausgeblendet werden. Die negative Mitgliederentwicklung, sowie die teilweise kritische Finanzlage fordern die Ehrenamtlichen in besonderer Weise. Jede Maßnahme, die hier entgegenwirkt, wird vom Landesbezirksfachbereichsvorstand begrüßt.

In dem Positionspapier fehlt die klare Botschaft, warum diese Neuorganisation der Fachbereiche insgesamt notwendig ist. Dazu hätte geholfen, wenn neben Argumenten, auch für die aktuellen 13 Fachbereiche die notwendigen Strukturdaten (Mitgliederzahl, Finanzkraft, Personalstärke) mitgeliefert worden wären.

Der Zusammenschluss des neuen „Fachbereichs B“ ist aus unserer Sicht nicht ganz logisch. Warum wurden nicht alle Fachbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge im „Fachbereich B“ gebündelt. Dann würden sicherlich Fragen wie die angesprochenen Schnittstellen auf ein Mindestmaß reduziert.

In den neuen Fachbereichen muss auf jeden Fall die Branchenfachkompetenz der bisherigen Fachbereiche gesichert werden. Hierzu sollten nach der nächsten Organisationswahl 2018/2019 die gebildeten Strukturen in die neuen Fachbereiche übernommen werden. Das Fachbereichsstatut für den FB und die anderen Fachbereichsstatute sollten erhalten bleiben. Ansonsten könnte es so verstanden werden, dass es ein FB-Statut für den neuen FB B geben muss. Somit wäre auch gewährleistet, dass wir auf dem Weg der Neuorganisation soweit wie möglich keine ehrenamtlichen Funktions- und Mandatsträger verlieren. Dies wäre für alle drei Ebenen wichtig. Insbesondere auch die Frage der Bezirksfachbereiche muss geklärt werden. Hier bringen sich viele Kolleginnen und Kollegen ein, die für eine Mitarbeit in anderen Gremien keine Ressourcen haben.

Großen Wert legt der Landesbezirksfachbereichsvorstand auf die organisatorische Zusage, dass die Betriebsgruppen sowohl auf Landesebene als auf bezirklicher Ebene bestehen bleiben.

Offen sind die Fragen, wie die Finanzordnung in den neuen Fachbereichen ist. Werden die Gelder an die einzelnen Fachbereiche nach Mitgliederzahlen zugewiesen oder erfolgt die Finanzierung der Arbeit des „Fachbereiches B“ aus einem Gemeinschaftstopf? Die Finanzierung der Arbeit in den alten Strukturen des Fachbereiches Sozialversicherung muss gewährleistet sein.

Für den Zusammenschluss sollte es einen „Sonderfonds“ geben, aus dem die zusätzlichen Kosten getragen werden. Hierbei geht es zum Beispiel um Reisekosten für zusätzlich erforderliche Sitzungen, Gehaltsausgleiche für die Kolleginnen und Kollegen ohne Freistellungsanspruch oder für externe Beratung zur Unterstützung der Fusion zwischen den Fachbereichen und Fachgruppen.

Bleiben die Personalressourcen in den heutigen Strukturen erhalten? Auch viele Gewerkschaftssekretäre/ Gewerkschaftssekretärinnen sind das Gesicht von ver.di in den Dienststellen. Für uns wären die heutigen hauptamtlichen Ansprechpartner/innen wichtig, um die bisherige Arbeit in der Betreuung fortzusetzen. Die Stellenpläne der alten Fachbereiche müssen im neuen Fachbereich mindestens erhalten bleiben. (Mindestens 0,5 FTE pro Stelle)

Die Ausführungen der Zeilen 81 – 83 aus dem Positionspapier sind nicht ganz nachvollziehbar, da angedeutet wird, dass die heutigen Sekretäre/ Sekretärinnen in ihrem Fachbereich nicht spezialisiert sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage, wie die zukünftige Tarifpolitik aussieht? Wir sind in einigen Bereichen nur noch in Haustarifverträgen o.ä. unterwegs. In der neuen Struktur ist es wichtig, die heutige tarifpolitische Struktur (Organisation und Personal) beizubehalten. Dies hat sich bewährt und führt dazu, dass erworbenes Wissen nicht verloren geht.

In dem Positionspapier gibt es keine konkreten Hinweise auf die 8 Personengruppen. Wir halten es für absolut wichtig, dass über die Neuordnung der Fachbereiche die Jugendarbeit weiter gestärkt und ausgebaut wird. Die Frage der anderen sieben Personengruppen sollte geklärt werden.

Für den Landesbezirksfachbereichsvorstand ist es zudem wichtig, dass die beiden anlaufenden Organisationsmaßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die Mitgliederbetreuung haben.

Eine zeitnahe Umsetzung der neuen Strukturen wäre wünschenswert, um die gewerkschaftspolitische Arbeit weiter gewährleisten zu können. Das Ehrenamt darf nicht weiter belastet werden.